



DDR-Übersiedler in der Freiheitshalle im bayerischen Hof

## Lafontaine: Einschränkungen für Übersiedler

SPD-Vize Oskar Lafontaine hält neuen Zündstoff für die deutschlandpolitische Diskussion bereit. Juristen der Saarbrücker Staatskanzlei haben ihm einen Weg gewiesen, wie nach gegenwärtiger Rechtslage Übersiedlern aus der DDR der Zuzug ins Bundesgebiet verweigert werden kann.

Lafontaine hatte vorgeschlagen, künftig nur noch Übersiedler aufzunehmen, die sich bereits von der DDR aus Wohnung und Arbeit im Bundesgebiet besorgt haben.

Die Gutachter haben jetzt auf das weithin vergessene Gesetz von 1950 über die Aufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet verwiesen. Danach benötigen Deutsche, die bislang drüben wohnten, eine besondere Aufenthaltsgenehmigung, die von den Bundesaufnahmestellen in Berlin und Gießen erteilt wird.

Die Erlaubnis darf grundsätzlich nicht versagt werden bei Gefahr für Leib und Leben oder für die persönliche Freiheit der Übersiedler. Nach den politischen Veränderungen in der DDR, so die Gutachter, sei dieser Grund aber entfallen. Für die Zukunft empfehlen die Juristen, die gesetzliche Möglichkeit zur Einschränkung des Grundrechts auf Freizügigkeit zu nutzen.

Die Aufenthaltserlaubnis könnte allerdings nur dann versagt werden, wenn dem einzelnen Zuwanderer nachzuweisen wäre, daß er auf mittlere Sicht keine Chance auf Arbeit und Wohnung hat. Außerdem müßte ihm bewiesen werden, daß er auf Dauer eine besondere Last für die Allgemeinheit darstellt. Letztlich geben die Rechtsberater „zu erwägen“, ob die Länder, die zur Aufnahme der Übersiedler verpflichtet sind, den Bund durch eine Verfassungsklage zwingen könnten, Aufenthaltsgenehmigungen zu verweigern.

Lafontaine ließ die Expertise inzwischen den Mitgliedern des Parteipräsidiums und den SPD-Ministerpräsidenten zur Prüfung zukommen. Auch hat er durchgesetzt, daß seine Vorschläge in die deutschlandpolitische Erklärung für den Berliner SPD-Parteitag eingearbeitet werden.

Im Entwurf, der in dieser Woche verabschiedet wird, werden – Originalton Lafontaine – zwei Aufgaben beschrieben: „die DDR wirtschaftlich zu stabilisieren, damit die Menschen dort eine Perspektive zum Bleiben haben ... und zu verhindern, daß das Sozialsystem, der Arbeits- und Wohnungsmarkt der Bundesrepublik überlastet werden, während gleichzeitig die DDR ausblutet“.

## Tücken des Reisefonds

Einzelheiten des Reise-Devisenfonds, den Bundes- und DDR-Regierung verabredet haben, machen jetzt Experten im Bonner Finanzministerium Sorgen. Größtes Problem: Wie kann sichergestellt werden, daß jeder DDR-Bürger nur einmal im Jahr 600 Mark Ost in 200 Mark West tauschen kann. Beim bisherigen Begrüßungsgeld von 100 Mark pro Kopf konnten jene Besucher zweimal kassieren, die sowohl einen DDR-Paß als auch einen Personalausweis haben. Einige ließen mal das eine, mal das andere Dokument stempeln. Für die geplante Umtauschaktion sollen Bezugscheine ausgegeben werden. Die Bonner möchten diese Arbeit der DDR-Bürokratie zuschieben, „weil die erfahrener mit solchen Kontrollen ist“ (so ein Bon-

ner Ministerialbeamter). Ein weiteres Problem, das Kanzleramts-Chef Rudolf Seiters, Bonns Unterhändler, nicht bedachte: Wenn bundesdeutsche Banken das Westgeld an die DDR-Bürger ausgeben, kassieren sie dafür Ostmark, die sie bei der Bundesbank wieder in Westwährung umtauschen. Solche Dienstleistungen erledigen die Geldinstitute aber nicht gratis. Verwaltungskosten von zehn Prozent würden den Fonds von 2,9 Milliarden Mark um 290 Millionen Mark schmälern.

## Miese Bilanz

Die Christdemokraten haben in ihrem Rechenschaftsbericht für 1988 im Vergleich mit anderen Parteien eine miese Bilanz ziehen müssen: Gegenüber 1987

wurden rund sieben Millionen Mark (23 Prozent) weniger Spendengeld registriert. Dieser Rückgang ist prozentual fast dreimal so groß wie bei den Sozialdemokraten. Während die SPD ihre Beitragseinnahmen um 3,1 Prozent auf 114 Millionen Mark steigern konnte, weist die Kanzlerpartei einen Rückgang von 87,5 Millionen auf 86 Millionen Mark (minus 1,7 Prozent) aus. Nahezu parallel dazu verlief die Mitgliederentwicklung. Die SPD legte zu, die CDU sackte ab. Im Verhältnis von Personal- und Verwaltungskosten zu den Beitragseinnahmen weist die CDU ein Defizit von fast 20 Millionen Mark auf. Dagegen machte die SPD ein Plus von acht Millionen Mark. Neben der Parteizentrale in Bonn sind auch die CDU-Landesgeschäftsstellen Saar, Schleswig-Holstein und Berlin überschuldet.